



Sozialdemokratische Partei
Migrant:innen Kanton Solothurn

Willkür verhindern. Integration stärken!

Die FDP-Fraktion im Kantonsrat des Kantons Solothurns fordert die Einführung von repressiven Sofortmassnahmen gegen kriminelle Asylsuchende auf der kantonalen Ebene, «nötigenfalls» auch ohne gesetzliche Grundlage gestützt auf Notrecht. Die SP Migrant:innen des Kanton Solothurns blickt besorgt auf diese Forderung. Wir anerkennen, dass Kriminalität niemals geduldet werden kann. Es ist aber eine Illusion zu meinen, dieses Ziel könne allein mit repressiven Massnahmen erreicht werden. Vielmehr braucht es einen intelligenten Mix von repressiven und präventiven Massnahmen. Nachholbedarf besteht überwiegend bei der Prävention. Und bei der korrekten Anwendung der polizeilichen Massnahmen. Denn die Vergangenheit zeigt, dass diese nur allzu oft zu Racial-profiling in unserer Gesellschaft geführt haben. Dass alle Asylsuchenden, die aus Kriegsgebieten stammen und vom schrecklichen Kriegen flüchten mussten, unter Generalverdacht gestellt und aus diesem Grund von den Behörden willkürlich beobachtet werden, bereitet uns, den SP Migrant:innen grosse Sorgen. Vielmehr sind wir SP Migrant:innen überzeugt, dass die Schweiz in erster Linie einen grossen Nachholbedarf bei präventiven Massnahmen und namentlich der Integration der Asylsuchenden hat. Namentlich in den Bundesasylzentren werden Fehler gemacht und viel zu wenig Integrationsprojekte angepackt und umgesetzt. Es braucht mehr qualifizierte Fachpersonen zur Betreuung und für die Durchführung von Integrationsprojekten. Effektive Bildungs- und Beschäftigungsprogramme sind unumgänglich. Das Platzieren grosser Gruppen in einem grossen Zentrum ist sowohl für die Gesellschaft als auch für die Behörden nicht einfach. Dessen ist sich die SP Migrant:innen des Kanton Solothurns bewusst. Aus diesem Grund müssen Asylentscheide so schnell wie möglich getroffen werden, so dass die Wartezeit verkürzt werden kann. Ebenfalls gibt es aktuell kein integriertes Arbeitsweltprogramm für Asylsuchende. Das wäre jedoch für die Integration fundamental. Viel zu oft werden allein repressive Programme für Asylsuchende favorisiert, wie zum Beispiel die Kürzung von Sozialleistungen oder die Umwandlung von Geldleistungen in anderen Formen. All diese Handlungen erschweren das Zusammenleben. Die Verkleinerung von Asylzentren könnte diesem Problem entgegenwirken.

In den letzten Jahren haben wir mehrfach ein Anstieg der Asylgesuche erlebt. Jedes Mal wurden die Asylbewerber und Asylbewerberinnen als Kriminelle bezeichnet. Kriegsflüchtlinge haben schwierige Situationen in ihren eigenen Ländern mit Diktaturen und autokratischen Systemen erlebt. Allein auf repressive und andere freiheitseinschränkende Massnahmen gegenüber Asylsuchenden zu setzen, widerspricht nicht allein den Menschenrechten, sondern ist auch unwirksam, um der Kriminalität einer kleinen Minderheit der Asylsuchenden entgegenzuwirken. Mit gesundem Menschenverstand verstehen alle, dass Asylsuchende aus verschiedenen Kulturkreisen und mit unterschiedlichen Lebensqualitäten kommen. Aus diesem Grund ist es notwendig, dass jeder Asylsuchender grundlegende Informationen über die Schweiz und ihre Gesetze erhält. Die Freiwilligenarbeit auf der Gemeinde oder das Engagement für die Zivilgesellschaft wären Chancen, um die Integration zu fördern und das Zusammenleben zu stärken. Dafür setzt sich die SP Migrant:innen des Kanton Solothurns ein.

Sutha Ganapathipillai
Shulojan Suntharalingam

Co-Präsident SP Migrant*innen des Kanton Solothurns
Vizepräsident SP Migrant*innen des Kanton Solothurns